

Seit Angela Merkmals Amtsübernahme 2005 sind eine Menge Dinge im Gange, für die sie nicht verantwortlich ist: Die Zahl der Tätowierten, beispielsweise, steigt und steigt, während die Zahl der Kirchenmitglieder sinkt und sinkt. Das „Du“ ist auf dem Vormarsch, nicht nur bei Ikea. Smartphone und Social Media haben die zwischenmenschliche Kommunikation revolutioniert. Und auch die politische Debattenkultur im Land hat sich in den vergangenen 16 Jahren verändert. Daran hat die CDU-Politikerin einen Anteil.

VON SUSANNE GASCHKE

2005 waren noch die Ausläufer der neoliberalen Welle zu spüren, die das Land in den späten 1990er- und in den 2000er-Jahren überrollt hatte. Der Ton von Roman Herzogs „Ruck-Rede“ (1997) hallte nach, Sozialstaat und Arbeitnehmerrechte hatten eine schlechte Presse. Kanzler Gerhard Schröder (SPD) trug dieser Stimmung mit der Agenda 2010 Rechnung. Er erhielt dafür Beifall von marktradikalen Kommentatoren. Gleichzeitig war die Öffentlichkeit immer noch so pluralistisch, dass der empörte Widerspruch, der ihm aus den Gewerkschaften, aus der eigenen Partei, vom grünen Koalitionspartner und von den Kirchen entgegenschlug, in den Medien breiten Niederschlag fand und für niemanden zu überhören war.

Gegenüber der damals ebenfalls noch neoliberalen Kanzlerkandidatin Merkel zeigten Journalisten hingegen eine eigenartige Nachsicht. Viele erklärten sie 2005 mit der seltsamen Begründung zur Siegerin des TV-Kanzlerduells, dass sie rhetorisch weniger enttäuscht habe als erwartet. Damals hat Merkel offenbar gelernt, dass es auf rhetorische Brillanz und auch auf Sinnstiftung nicht so sehr ankommt, um an die Macht zu gelangen und sich dort zu halten. Inzwischen hat sie ihre öffentliche Sprache dermaßen reduziert, dass sich ihr Repertoire mit einem Satz wie: „Wir werden eine gute Lösung finden“ zusammenfassen lässt. Sie verzichtet nicht nur auf lebendige Metaphern, sie verzichtet auch weitgehend darauf, ihre Zuhörer mit Argumenten zu verwirren. Vielmehr verkündet sie ihre Politik im Stil der Obrigkeit; ihre Reden im Bundestag klingen oft wie abgelesene Vermerke.

Schröder war der Überzeugung gefolgt, er könne seine politischen Ziele mit „Bild, BamS und Glotze“ durchsetzen. Merkel-Biografin Jacqueline Boy-

sen warf hingegen schon frühzeitig die Frage auf, ob die Kanzlerin überhaupt unverhandelbare politische Ziele habe. Der Mainzer Medienwissenschaftler Mathias Kepplinger, der die Berichterstattung über wichtige Entscheidungen ihrer Amtszeit empirisch untersucht hat, kommt zu dem Schluss, dass Merkel sich meist so lange bedeckt halte, „bis sie aufgrund des Medienensors mit einer positiven Reaktion auf ihre Entscheidung rechnen kann“. Als Beispiele führt Kepplinger Merkmals Abrechnung mit Helmut Kohl (CDU) 1999 in der „FAZ“ an, mit der sie wartete, bis sie sicher war, dass Fundamentalkritik am Altkanzler gut ankommen würde. Der Atomausstieg nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima 2011 habe hingegen schnell erfolgen können, sagt Kepplinger: „Die deutschen Medien sahen das Unglück als Menetekel der Kernenergie an.“ In der Flüchtlingskrise 2015 schloss sich Merkel der veröffentlichten Mehrheitsmeinung an. Ähnlich hielt sie es in der Corona-Krise 2020.

Merkel hat es außerdem verstanden, wichtige Journalistinnen aktiv für sich einzunehmen. Beihilflich war der CDU-Politikerin dabei die feministische Publizistin Alice Schwarzer. 1991 hatte Schwarzer mit der 37-jährigen Frauenministerin Merkel zwei Stunden lang beim Edeltaliener „Tullio“ in Köln zu Mittag gegessen. Damals, ganz am Anfang ihrer politischen Karriere, wurde Merkel heftig für ihren Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes angegriffen, das sich unter anderem gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz wandte. „Das hat mich aufhorchen lassen“, schreibt Alice Schwarzer in ihren Erinnerungen: „denn für einen gewissen Ton bin ich seit langem sensibilisiert“. Sie nahm die junge Politikerin gleichsam unter ihre Fittiche, begleitete deren Weg wohlwollend und ging auch nicht allzu kritisch damit um, dass Merkel später jedweden feministischen Politikansatz aus taktischen Gründen hintanstellte: „Sie hat ihre Lektion gelernt“, schreibt Schwarzer: „Merkel will auf halbem Weg zur Macht nicht auch noch die Frau raushängen lassen – so wenig wie den Ossi.“

Zusammen mit Sabine Christiansen veranstaltete Schwarzer in ihrer Berliner Wohnung einen „Journalistinnen-treff“. Dort schaute gelegentlich auch die Kanzlerin auf ein Glas Rotwein vorbei, warb mit hochmoralischen Argumenten für heikle Themen, zum Beispiel – vor Jahren – für den deutschen Einsatz in Afghanistan. Die Mühe lohnte sich: Frauen mögen in den Chefre-

# Vom Pluralismus zum Kulturkampf

Wie Merkmals Kanzlerschaft das Streiten verändert hat



Angela Merkel im Jahr 2008 auf dem „Dürkheimer Wurstmarkt“

DIE MERKEL-REPUBLIK

PICTURE ALLIANCE/DPA/ROMAN WITTEK

daktionen der Zeitungen und Magazine noch unterrepräsentiert sein, aber sie prägen das Klima. In den Hierarchien der öffentlich-rechtlichen Medien sind sie auf dem Vormarsch, als Talkshow-Gastgeberinnen bestimmen sie über Debatten – und viele schätzten die vermeintliche Nähe zur Kanzlerin. Wenn sie sich erklären muss, geht Merkel also zu Anne Will. Sie nutzt ihr Frauennetzwerk. Alice Schwarzer lobt: „Es ist vor-

allem Merkmals Stil, der überzeugt. Eine reine Wohltat nach den narzisstischen, breitbeinigen Macho-Exzessen der Co-hiba-Paffer. Die Kanzlerin hingegen: bescheiden, sachorientiert, respektvoll. Und auf angenehme Weise unweiblich.“

Das kann man auch anders sehen. Merkel zeigt durchaus Weiblichkeit, nur eben als Frau, die auf der richtigen Seite des Zeitgeists steht: Seht her, nach so vielen Jahrhunderten Patriarchat sind

jetzt endlich wir am Zug. Der Mainzer Historiker Andreas Rödder sieht die Merkel-Jahre denn auch geprägt durch den Übergang von der Marktorientierung zur „Identitätspolitik“, bei der es um einen denkbar weit gefassten Begriff von „Antidiskriminierung“ gehe.

Der Berliner Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel hält die Moralisierung des Diskurses in der Ära Merkel für gefährlich: „Bei sozialen Verteilungsfra-

## „Ausschluss der Impfpflicht? Quatsch“

Staatsrechtler zum Zwang für einzelne Berufsgruppen, wie ihn Grüne fordern

Stefan Huster (56) ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Sozial- und Gesundheitsrecht sowie Rechtsphilosophie an der Ruhr-Universität Bochum. Er ist Mitglied der Leopoldina, der Nationalen Akademie der Wissenschaften.

VON THORSTEN JUNGHOLT

WELT: Die Grünen-Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock hat sich für eine Impfpflicht für bestimmte Berufsgruppen ausgesprochen, gleichzeitig aber auf rechtliche Schwierigkeiten hingewiesen. Welche sind das, Herr Huster?

STEFAN HUSTER: Eine Impfpflicht ist natürlich immer ein Eingriff in die körperliche Integrität und bedarf deshalb einer Rechtfertigung, die engen grundrechtlichen Schranken unterliegt. Allerdings meine ich: Wenn eine bestimmte Berufsgruppe, die besondere Verantwortung trägt, weil sie viel mit vulnerablen Gruppen zu tun hat oder auch mit Kindern, die man noch nicht impfen kann, dann lässt sich eine derartige Impfpflicht durchaus rechtfertigen. Juristisch sehe ich da kein grundsätzliches Problem, wir haben das ja auch bei den Masern. Eine ganz andere Frage ist es, ob es politisch klug ist, so etwas zu machen.

Ist es klug?

Klug wäre es gewesen, eine Impfpflicht nicht von Beginn an politisch auszuschießen. Das ist einfach Quatsch gewesen. Jetzt ist man in der Situation, dass man stückchenweise nachbessern muss – und sogar kostenpflichtige Tests als Impfpflicht durch die Hintertür bezeichnet werden.

Gibt es in einer freiheitlichen Ordnung nicht das Prinzip, dass niemand zu seinem Glück gezwungen werden sollte? Natürlich. Aber man muss sich einfach mal klarmachen, was die Logik dieser ganzen Situation im Moment ist. Die Impferweigerer tun so, als wäre der Staat paternalistisch und würde sie zu-

ihrem Glück zwingen. Das ist aber gar nicht der Punkt. Das Problem ist doch, dass manche Leute sagen: Ich lasse mich nicht impfen, aber ich erwarte, dass ich im Fall einer Erkrankung eine Behandlung bekomme. Nun sind aber 90 Prozent derjenigen, die jetzt auf den Intensivstationen liegen, ungeimpft. Und damit die Krankenhäuser nicht volllaufen, müssen alle möglichen Beschränkungen für alle anderen aufrechterhalten werden. Ich finde, das geht auf die Dauer nicht.

Sie plädieren also für eine Impfpflicht? Wenn wir jetzt nicht Covid hätten, sondern Ebola, dann würden wir keine drei Sekunden über die Impfpflicht nachdenken – und zwar für alle. Bei Corona heißt



RUHR-UNIVERSITÄT BOCHUM

es: Ja klar, die Intensivstationen sind durch die schiere Masse irgendwann überlastet, aber das Risiko für den Einzelnen, jedenfalls in bestimmten Altersgruppen, ist doch begrenzt. Ordnungspolitisch wären wir sofort aus der ganzen Nummer raus, wenn wir einfach sagen würden: Okay, du musst dich nicht impfen lassen, alles gut, deine Sache. Aber wir können dir dann eben auch keine medizinische Hilfe mehr zur Verfügung stellen, wenn du erkrankst. Das halten wir als Gemeinwesen allerdings nicht durch, rechtlich und moralisch nicht.

Gibt das Infektionsschutzgesetz etwas zu einer Impfpflicht her? Oder brauchte es dafür ein Parlamentsgesetz?

Ich würde raten, so ein Vorhaben gesetzlich ordentlich zu verankern, damit es keine Zweifel an der demokratischen Legitimität gibt. Der Weg wäre eine ausdrückliche Regelung im Infektionsschutzrecht.

Im Infektionsschutzgesetz heißt es schon jetzt, dass „bedrohte Teile der Bevölkerung an Schutzimpfungen (...) teilzunehmen haben“.

Ja, aber dort sind sehr vage Voraussetzungen formuliert. Ich halte es für fraglich, ob man diese bedrohten Teile der Bevölkerung an Berufsgruppen festmachen kann. Deswegen wäre ich dafür, dass der Bundestag sich mit einer ausdrücklichen Regelung um diesen wesentlichen Eingriff kümmert.

Bei Grundrechtseingriffen ist im Rahmen der Verhältnismäßigkeit zu prüfen, ob es nicht auch Alternativen zu einer Impfpflicht gibt, die Freiheitsrechte weniger stark tangieren.

In der Tat ist das eine Frage der Verhältnismäßigkeit. Diese Debatte über mehr Aufklärung und noch mehr niedrigschwellige Angebote wird politisch ja gerade geführt. Ich habe allerdings den Verdacht, wenn ich die Entwicklung anschau, dass das jedenfalls in bestimmten Bevölkerungsgruppen möglicherweise nicht ganz hinreichen wird. Und dass man auf die Dauer auch durch permanente Testung das Problem nicht in den Griff bekommen wird. Deswegen habe ich zumindest bei bestimmten Berufsgruppen viel Verständnis dafür, wenn man von denen verlangt, dass sie sich impfen lassen.

Eine weitere Forderung, die Baerbock erhoben hat, ist eine Testpflicht am Arbeitsplatz. Wie bewerten Sie das? Auch damit habe ich grundsätzlich kein juristisches Problem. Ich finde es nur etwas schwierig zu sagen, dass der Arbeitgeber das entscheiden soll. Im Verhältnis von Arbeitnehmer und Arbeitgeber hat letzterer ohnehin relativ viel Einfluss auf die Lebensführung. Dieser Einfluss würde durch die Entscheidungsmöglichkeit über eine Testpflicht weiter ausgeweitet. Das finde ich jedenfalls von der Tendenz her nicht ganz unproblematisch. Mir wäre es lieber, wenn die Politik das verbindlich entscheidet und nicht der Willkür des einzelnen Arbeitgebers überlassen würde.

## Sagten Sie „Heine“, Herr Chrupalla?

AfD-Chef will mehr deutsche Dichter in der Schule, kann aber kein Gedicht nennen

Als wollte er den Beweis für eine Aussage antreten, die vor einigen Jahren an dieser Stelle über die AfD zu lesen war – „die können kein Deutsch, die sind nur schwer dafür“ – sagte ihr Spitzenkandidat Tino Chrupalla in der Sendung „Logo“, die das ZDF für den Kinderkanal produziert: „Wir möchten, dass wieder mehr deutsche Volkslieder gelehrt, dass deutsche Gedichte gelernt werden, dass wir unsere deutschen Dichter und Denker wieder mehr in den Schulen würdigen.“

VON DENIZ YÜCEL

Auf die Nachfrage des Kinderreporters Alexander (13), was sein deutsches Lieblingsgedicht sei, muss Chrupalla passen: „Mein Lieblingsgedicht? Ist, öhm... da muss ich, müsste ich jetzt überlegen, fällt mir jetzt gar keins ein.“ – „Nicht“, fragt Alexander im Tonfall eines fürsorglichen Lehrers nach. „Nein“, sagt Chrupalla.

Nun könnte es Ausdruck bildungsbürgerlichen Dünkels sein, einen wie Chrupalla – Mittlere Reife, Lehre als Maler und Lackierer, Meisterprüfung – hierfür zu verspotten. Doch die Annahme, jemand mit einer Malerbiografie könne per se keine Ahnung von Literatur haben, ist gönner-, und nicht weniger dünnhäutig. Kurz: Ein Malermeister aus der Oberlausitz kann vielleicht ein Lieblingsgedicht nennen, vielleicht auch nicht.

Wenn aber dieser Malermeister bei der Bundestagswahl als Spitzenkandidat einer relevanten Partei antritt, wenn er zudem fordert, dass mehr deutsche Dichter im Unterricht behandelt werden, weil er offenbar annimmt, dass dies nicht geschieht – dann verdient er immer noch keinen Hohn. Aber guten Rat.

Immerhin wusste Chrupalla den zweiten Rettungsring zu ergreifen, den Alexander ihm zuwarf: Er konnte einen Lieblingsdichter benennen, nämlich Heinrich Heine. Dass er ausgerechnet auf den großen Humanisten und Revolutionär kam, der, auch wegen seiner jüdi-

schen Herkunft, verfolgt wurde, als Flüchtling (!) im Pariser Exil starb, mag verwundern, könnte aber einen einfachen Grund haben: In den Hinterhöfen des Internets, aus denen die AfD hervorgekrochen ist und in denen sich ihre Anhänger tummeln, dürfte kein Zitat so beliebt sein wie die Anfangszeile aus Hei-



OBIS/ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND

”

MEIN LIEBLINGSGEDICHT? IST, ÖHM... DA MUSS ICH, MÜSSTE ICH JETZT ÜBERLEGEN...

TINO CHRUPALLA

nes „Nachtgedanken“ von 1844. Irgendwo ist irgendwas passiert? Angela Merkel hat irgendwas gesagt? Es findet sich immer – wirklich immer – einer, der dazu kommentiert: „Denk ich an Deutschland in der Nacht.“ Likes garantiert.

Die anschließende Zeile („Dann bin ich um den Schlaf gebracht“) kann man weglassen, weil die Gleichgesinnten ohnehin im Geiste den Reim vervollständigen. Dass das von Heine stammt und vornehmer klingt als „Armes Deutschland“, hat man irgendwo aufgeschonappt. Aber bis zur dritten Zeile ist man nie gekommen, sonst wüsste man, dass Heine nicht zu den Untergangsaustoren von Spengler bis Sarrazin gehört, die man in diesen Kreisen vielleicht ebenfalls nicht gelesen hat, aber gutfindet. Denn im Folgenden schreibt Heine: „Nach Deutschland lechzt‘ ich nicht so sehr, / Wenn nicht die Mutter dorten wär; / Das Vaterland wird nie verderben, / Jedoch die alte Frau kann sterben.“ Heines Sorge – literaturwissenschaftlich korrekt formuliert: die Sorge des lyrischen Ichs – gilt nicht Deutschland, da ist der der Aufklärung verpflichtete Heine zuversichtlich, dass auch sein Vaterland eines Tages aus der Dunkelheit hervortreten werde. Seine Sorge gilt seiner Mutter Betty Heine, die er seit seiner Flucht nicht gesehen hat – und die ihn überleben wird: „Die Mutter liegt mir stets im Sinn. / Zwölf lange Jahre flossen hin.“

In diesem Zusammenhang aufschlussreich sein einige Jahre später verfasstes Gedicht „Diesseits und jenseits des Rheins“. In der ersten Strophe überhäuft er die Franzosen mit Liebenswürdigkeiten, ehe er in der zweiten ansetzt: „Aber wir verstehen uns baß, / Wir Germanen auf den Haß. / Aus Gemütes Tiefen quillt er, / Deutscher Haß! Doch riesig schwillt er, / Und mit seinem Gifte füllt er / Schier das Heidelberger Faß.“ Als Gedicht gegen die AfD tauglich. Aber Heine als Lieblingsdichter des AfD-Chefs? Herr Chrupalla, wollen Sie das nicht noch mal lesen, ehe Sie sich festlegen?